



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN CHILE

SANTIAGO, den 13. Januar 1977

Calle J. Miguel de la Barra 536  
Casilla 3875  
Telephon 3 20 09

Ref.: 131.4 - CA/ma

VERTRAULICH

Politische Direktion  
Eidgenössisches Politisches  
Departement

3003 B e r n

Unterredung mit  
Ex-Präsident E. Frei

15	VG	NF	LS		
24.1.24.1.		26.1.			
11	U	3			
24. Jan. 1977					
Ref. p.B. 73. Wili. O.					

76/78

Herr Botschafter,

*Ma erhalten am* 29. Mai 1980

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 7. Januar teile ich Ihnen mit, dass ich, wie vorgesehen, bei Expräsident Eduardo Frei vorgesprochen habe.

Herr Frei empfing mich sehr freundlich und entschuldigte sich, dass er mich nicht früher hätte sehen können, da er im Jahre 1976 mehr als 6 Monate von Santiago abwesend gewesen sei.

Unser Gespräch, das eigentlich mehr ein Monolog des Ex-Präsidenten war, erstreckte sich auf folgende Punkte:

1. Eingangs ging mein Gesprächspartner auf seine schweizerische Abstammung, seine Verwandten in der Schweiz, seine Reisen in unserem Land und die Auswanderung seiner Eltern nach Chile ein.
2. Betreffend die politischen Gefangenen erklärte Frei, dass er von Anfang an gegen die Inhaftierung aufgrund politischer Ideen, die nicht denjenigen des gegenwärtigen Regimes entsprechen, gekämpft habe. Oft seien Leute ohne Beweise und gestützt auf eine "wackelige" Gesetzgebung verhaftet, monatelang eingesperrt und durch die DINA (Geheimpolizei) misshandelt worden. Was die Folterungen anbelangt, bemerkte er, müsse er diese als Christ unter allen Umständen ablehnen. Obwohl ihm bekannt sei, dass viele Inhaftierte auf die gemeinste Weise misshandelt worden seien, würde man im Ausland doch oft sehr übertreiben. Ueberdies hätten viele freigelassene politische Gefangene, die ihm gegenüber vor deren Ausreise erklärt hatten, sie seien nicht gefoltert worden, im Ausland gegenteilige Aussagen abgegeben.

./.

Er - Frei - betrachte den "Massenexport" von politischen Gefangenen als politisch ungeschickt. Man reisse die chilenische Familie auseinander, was tiefe menschliche Probleme ergebe. Ferner sei die Tätigkeit der Ausgewanderten kontraproduzent gegen Chile, indem einerseits das Image des Landes noch mehr verschmutzt werde - oft mit falschen Aussagen - und andererseits die Ultralinken ihre Propaganda und Unterwühlungstätigkeit ohne Hemmnis fortsetzen können.

Auf die kürzlich erfolgten massiven Entlassungen politischer Gefangener angesprochen bemerkte Frei, dass diese als positiv zu bewerten seien. Die Geste sei, sofern er feststellen konnte, im Ausland - und im besonderen in Westeuropa - nicht oder nur ungenügend anerkannt worden. Er sei froh, dass der immense Druck, welcher von allen Seiten auf Präsident Pinochet ausgeübt worden sei, diesen - trotz seiner Starrköpfigkeit - gezwungen habe, nachzugeben. Frei gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass diese Freilassungen nicht durch neue Verhaftungen zu nichts gemacht werden.

3. Frei sieht zur Zeit keine Lösung, um sich des Militärregimes zu entledigen. Pinochet habe die Macht im Staate im letzten Jahr noch stärker an sich gerissen und zeige absolut keine Absicht, zurückzutreten. Ein Regierungswechsel könnte, nach Ansicht meines Gesprächspartners, nur durch einen Staatsstreich erfolgen. Er bemerkte jedoch, dass die "Democracia cristiana" im jetzigen Moment zu schwach sei und nicht über die nötigen Mittel verfüge. Sollten die Ultralinken, die teils im Inland untergetaucht sind und sich teils im Ausland auf die Machtübernahme - vielleicht mit Illusionen - vorbereiten, an die Macht gelangen, befürchtet Frei ein noch viel härteres Linksregime als zur Zeit Allendes.
4. Westliche Beobachter hätten sich der Illusion hingegeben, dass die Einsetzung des Staatsrates am 31. Dezember 1975 als erster Schritt zur Konstituierung eines parlamentarischen Systems betrachtet werden könnte. Frei bezeichnet dieses verfassungsrechtliche Dokument als eine Farce, als eine Täuschung der Bevölkerung. Er habe sich, entgegen den andern früheren Staatspräsidenten die Mitglieder dieses Gremiums sind, geweigert, zusammenzuarbeiten. Die Zukunft der verbotenen politischen Parteien sehe er unter den heutigen Bedingungen sehr schwarz und ohne Ausweg.

5. Die Wirtschaftslage beschrieb Frei als katastrophal und wies auf die hohe Arbeitslosenziffer hin. Er betrachte es als einen Betrug, in der Welt herumzumelden, wie stark die Inflation eingedämmt worden sei, während die Preise jede Woche ansteigen und ein grosser Teil der Bevölkerung, insbesondere viele Kinder, Hunger leidet und auf die Hilfsaktionen ausländischer Organisationen angewiesen sei. Seiner Ansicht nach sei das Regime Pinochets eine Regierung für reiche Leute, für zirka 25 % der Bevölkerung, zu denen auch er sich zähle, und nicht für die grosse Masse.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter :

*M. Casanova*

(M. Casanova)